

## **(1) Frieden und Demokratie sichern und weiterentwickeln! – 80 Jahre nach Beginn des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in Europa fragen wir Sie:**

Was tun Sie ...

... für die Fortführung partnerschaftlicher Völkerverständigung, für die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Rechte der Bevölkerung, für eine mitgestaltende Teilhabe der Zivilgesellschaft und für die Transparenz von Entscheidungen in Europa und gegen nationalistische Abgrenzung, Machtpolitik, Entsolidarisierung und Rassismus?

Wir Grüne haben uns immer als Europapartei verstanden. Eingebunden in die starke Parteienfamilie der European Green Party und die Fraktion der Greens/European Free Alliance setzen wir uns auf europäischer Ebene seit Jahrzehnten für mehr Demokratie und Transparenz ein. Die Entscheidung vor wenigen Wochen über das Transparenzregister bei der EU-Gesetzgebung ist im Wesentlichen auf grüne Initiative und grünes Betreiben zustande gekommen. Mehr Transparenz braucht es jetzt im Rat, wo sich vieles hinter verschlossenen Türen abspielt und kein Land Rechenschaft über sein Verhalten ablegen muss.

Wir wollen die Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union stärken, durch mehr Verbindlichkeit bei der „Europäischen Bürgerinitiative“ und das Recht, auch eine Reform der europäischen Verträge einzufordern. Außerdem wollen wir das Europaparlament als einziges direkt gewähltes Gremium der EU mit dem Rat gleichstellen.

In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler\*innen und Journalist\*innen systematisch ein: durch die Rechtsform des „Europäischen Eingetragenen Vereins“ wollen wir die Akteure schützen und stärken. Und wir wollen die Hoheit über unsere privatesten Daten zurückgewinnen. Dafür müssen digitale Monopole, wie das von Facebook, aufgespalten werden.

Die überaus erfolgreichen Städtepartnerschaften, kulturellen Projekte und Schüleraustauschprogramme wollen wir weiter unterstützen. Auch die Programme, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger\*innen fördern, wie „Erasmus+“ oder „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ wollen wir ausbauen. Wie viele Freundschaften, wie viel Gemeinschaftsgefühl ist so entstanden! Es braucht mehr Geld für „Kreatives Europa“ und den Europäische Sozialfonds ESF. Denn uns sind Menschen wichtiger als Märkte.

In punkto Gleichstellung, Schutz gegen Diskriminierung und Arbeitsrecht hat die EU bereits viel erreicht. Das heißt leider nicht, dass es keinen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Europa gibt. Durch Anlaufstellen und Demokratieinitiativen, aber auch durch die konsequente Anwendung der Antirassismusrichtlinie wollen wir dem entgegensteuern. Es braucht auch mehr Forschung, wie rassistische und nationalistische Netzwerke bekämpft werden können.

Welche europäische Vision haben wir? Wir meinen: Der Weg ist das Ziel. Die europäische Zivilgesellschaft und die politischen Akteur\*innen in EU und Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren entscheiden, wie sie auf dem Weg der politischen Integration vorankommen wollen. Denn ob Europäische Republik, föderativer Bundesstaat oder Vereinigte Staaten von Europa – am Ende wird mit Sicherheit kein zentralistischer Superstaat stehen. Genauso wenig ist vorstellbar, dass bei der Lösung der anstehenden Probleme größtmögliche Autonomie und Autarkie der Nationalstaaten hilfreich sein könnte. Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht – das ist nicht unsere Auffassung von Solidarität und Zusammenarbeit.

## **(2) Die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt, Wetterextreme werden häufiger. Die „Heißzeit“ hat längst begonnen, und die Zeit für Gegenmaßnahmen rinnt davon.**

Was tun Sie darum ...

... für die Einhaltung der überlebensnotwendigen 1,5-Grad-Grenze nach dem völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommen und gegen weitere Verzögerungen wirksamer Klimaschutzmaßnahmen?

Mehr Tempo beim Klimaschutz! Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Ziele, die sich die Europäische Union gesetzt hat, an die wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst werden. Europa muss eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen: nicht nur, weil unser Anteil an den historischen Emissionen so hoch ist, sondern auch,

weil die wirtschaftliche Kraft der EU uns dazu verpflichtet, hier voranzugehen. Überdies sind emissionsintensive Industrien in andere Länder verlagert worden – produzieren aber dort für unseren Konsum. Dass diese Emissionen allein den Herkunftsländern wie China oder Indien zugerechnet werden, ist zutiefst ungerecht. Wir Grüne haben Gerechtigkeit schon immer als globale und als Generationen-Gerechtigkeit verstanden. Die weltweiten Proteste der Schülerinnen und Schüler greifen gleichsam unseren alten Wahlkampf-Slogan auf: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt.

Wir streiten für einen dynamisch ansteigenden europäischen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel ETS. So bekommen Unternehmen Planungssicherheit und Investitionen in Energieeffizienz werden auch umgesetzt. Idealerweise würden sich alle Mitgliedsstaaten der EU dieser Initiative anschließen; aber solange dies nicht der Fall ist, sollte Deutschland mit Frankreich und den Niederlanden (die beide ihre Absicht dazu schon erklärt haben) vorangehen. Die Sektoren außerhalb des ETS wie Wärme und Verkehr müssen durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung stärker in die Pflicht genommen werden. Damit dies nicht ärmere Haushalte überproportional belastet, wollen wir die Einnahmen als Pro-Kopf-Energiegeld an die Menschen zurückgeben. So werden diejenigen, die auf „großem Klimafuß“ leben, mehr zahlen, während Haushalte, die weder Fernreisen unternehmen noch in Luxuswohnungen leben, profitieren.

Alle Politikfelder, alle Finanzierungsprogramme müssen unter die Lupe genommen werden: welche Auswirkungen haben sie auf die Klimakrise? Tragen sie dazu bei, dass unsere Emissionen sinken und unsere Lebensweise mit den Rechten zukünftiger Generationen in Einklang kommt?

... für Kohleausstieg, Energiewende und Dekarbonisierung aller Wirtschaftssektoren und gegen ungezügelter Wirtschaftswachstum?

Die Reduktion der Emissionen gelingt am schnellsten im Energiesektor: an erster Stelle muss der Ausstieg aus der schmutzigsten Form der Stromerzeugung, der Kohleverstromung, stehen. Wir kämpfen daher für einen europaweiten Kohleausstieg, zusammen mit Ländern wie Frankreich, die Niederlande oder Schweden. Doch die Menschen, die hier und heute von ihrem Arbeitsplatz in der Kohleindustrie abhängig sind, dürfen nicht allein gelassen werden. Es gilt also, für die betroffenen Regionen Alternativen zu bieten: dafür eignet sich der EU-Strukturfonds, in dem ein Sonderprogramm für „Kohleausstiegsregionen“ aufgelegt werden muss.

Europa ist reich an Erneuerbaren Energien! Wir wollen sie klug vernetzen und durch europaweit koordinierte Speicher ergänzen, damit eine Erneuerbare-Energien-Union zum neuen Friedensprojekt werden kann. Mehr als 300 Mrd. € fließen aus der EU an öl- und gasexportierende Staaten ab – die oft wenig Friedliches damit finanzieren.

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft ist eine Mammutaufgabe, aber sie ist alternativlos: there are no jobs on a dead planet. Und letztlich wird das Umsteuern neue Arbeitsplätze schaffen: in der Atomindustrie in Deutschland sind 25.000 Arbeitsplätze verloren gegangen – aber in den Erneuerbaren sind 300.000 entstanden! Unsere Vision ist eine enkeltaugliche Wirtschaftsweise, die das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt. Nicht immer weiter ausufernder Konsum, sondern eine Lebensweise, die zufrieden macht, sollte Sinn des Wirtschaftens sein. Unendliches Wachstum durch Ressourcenverbrauch ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Es gilt also, Anreize zu setzen, damit wir weniger verbrauchen: durch längere Lebensdauer von Gütern, die Förderung pflanzlicher Ernährung, den Ausbau der Kreislaufwirtschaft und der Sharing Economy. Die Besteuerung von Ressourcenverbrauch ergibt allerdings nur Sinn, wenn sie an den Gütern ansetzt und nicht an der Produktion. Denn wenn die Produkte stattdessen in Ländern ohne Besteuerung hergestellt werden, ist nichts gewonnen. Dafür müssen wir bei der WTO streiten.

... für einen raschen Umstieg des Verbrennungsmotor-getriebenen Luft-, Güter- und Individualverkehrs auf einen attraktiven, bezahlbaren Umweltverbund, CO<sub>2</sub>-freie Antriebe und Verkehrsvermeidung?

Förderung darf es nur für eine echte Verkehrswende geben! Es reicht nicht, wenn alle Autos statt mit Verbrennungsmotoren mit Elektromotoren ausgestattet im Stau stehen und unsere Städte verstopfen. Deshalb dürfen die Infrastrukturgelder der EU nur in Projekte fließen, die die Vorherrschaft des Autos nicht weiter zementieren. Stattdessen wollen wir mehr Förderung für einen vernetzten Umweltverbund, in dem an Mobilitätsstationen vom ÖPNV auf Leihfahrräder oder CarSharing umgestiegen werden kann.

Ebenso muss der Güterverkehr soweit wie möglich auf Wasserstraßen und Schienen verlagert werden. Dazu braucht es hohe Investitionen, damit Güterzüge schneller und vor allem leiser werden. Den öffentlichen Verkehr wollen wir europaweit besser vernetzen. Hier herrscht noch viel Kleinstaaterei: angefangen bei

Sicherheitsstandards, bis hin zu Ticketsystemen und Bahnsteighöhen. An Grenzen müssen sogar teilweise Loks gewechselt werden! Auch die vielen Löcher im Schienennetz werden mit dem vor drei Jahren aufgelegten Lückenschlussprogramm erst langsam kleiner. Nachtzüge, grenzüberschreitende Pendelverkehre, Hochgeschwindigkeitsverbindungen zwischen Hauptstädten – es gibt viel zu tun.

Erfolge im Klimaschutz werden leider durch den stark zunehmenden Flugverkehr wieder aufgezehrt. Seit Jahrzehnten setzen wir Grüne uns für eine Kerosinsteuer ein, damit die klimaschädlichste Form des Reisens wenigstens nicht auch noch bevorzugt wird. Innereuropäische Flüge müssen der Mehrwertsteuer unterliegen; Mitgliedsstaaten sollten Flughäfen nicht länger subventionieren dürfen. Der Flugverkehr muss vollständig in den Emissionshandel einbezogen werden – nicht nur der innereuropäische!

... für ambitionierte Emissionsgrenzwerte, die dem Klima- und Gesundheitsschutz verpflichtet sind und gegen konzernfreundliche Ausnahmeregelungen und Verletzung europäischer Umweltrechtsnormen?

Wir stehen für die Orientierung an der Wissenschaft: bei Klimazielen halten wir uns an die Erkenntnisse der Klimawissenschaftler, beim Gesundheitsschutz befragen wir die Experten der WHO. Mit ambitionierten Zielen stärken wir innovative Firmen und Hersteller – das Festhalten an Industrien, deren Produkte schmutzig und schädlich sind, hilft auf lange Sicht nicht einmal den Betrieben selbst.

Was das Umweltrecht anbelangt, ist es auf europäischer Ebene ähnlich wie auf der nationalen: die Gesetze sind gut, es gibt aber ein Vollzugsdefizit. Wo Staaten sich über Umweltrecht hinwegsetzen, hat die EU-Kommission in der Vergangenheit teils empfindliche Strafen verhängt. Leider hat sie sich bei der skandalösen, klar rechtsverletzenden Grenzwertdehnung der Bundesregierung nicht mit Ruhm bekleckert.

**(3) Das Beispiel des Insektensterbens macht überdeutlich: Bedrohte Arten und ökologisch vielfältige Lebensräume brauchen einen starken europäischen Schutz. Dieser muss über nationalen und ökonomischen Interessen stehen.**

Was tun Sie darum ...

... für die Stärkung der gemeinnützigen Umwelt- und Naturschutzverbände und gegen den Abbau ihrer Mitwirkungs- und Klagerechte?

Es braucht ein volles Verbandsklagerecht auch im Umweltbereich! Die Kommission hat sich bislang auf den Verbraucherschutz beschränkt; wir werden weiter dafür kämpfen, dass auch der Schutz der Lebensgrundlagen eingeklagt werden kann. Die zunehmenden Angriffe auf Vereine und Verbände erfüllen uns mit großer Sorge. Mit der Rechtsform des Europäischen Eingetragenen Vereins könnten wir ihre Rechte auf supranationaler Ebene sicherstellen. Es ist absurd, dass Vereine, die sich für den Schutz und die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber einer übermächtigen Finanzindustrie einsetzen, ihre Gemeinnützigkeit abgesprochen bekommen, während Konzerne wie Deutsche Bank oder Daimler Benz ihre Lobbyisten steuermindernd als Kosten geltend machen können.

... für den tatsächlichen Schutz der gemeldeten Natura 2000-Gebiete, für die Stärkung des europäischen Biotopverbunds (Aufbau einer grünen Infrastruktur) und gegen die fortschreitende Ausräumung und Versiegelung unserer Landschaft?

Wertvolle Gebiete für die Biodiversität können wir absehbar nur schützen, wenn wir einen europäischen Naturschutzfonds schaffen, der die Pflege dieser Gebiete wie auch den Schutz großer Wildnisflächen finanziert, insbesondere in ärmeren Mitgliedsstaaten. Selbst im reichen Deutschland wird die Biodiversitätsrichtlinie der EU nicht flächendeckend umgesetzt – hier stehen nach der im Januar ausgesprochenen Rüge der Kommission weitere, ggf. teure rechtliche Schritte an. Um Umweltrecht besser durchzusetzen, braucht es eine bessere finanzielle wie personelle Ausstattung der entsprechenden Behörden auf allen Ebenen.

... für eine Sicherung und zeitnahe Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie?

Die Wasserrahmenrichtlinie ist fast 20 Jahre nach ihrer Einführung weit davon entfernt, ihre Ziele zu erreichen. Statt aber das Gesetz aufzuweichen, wollen wir die Umsetzung in Leitlinien konkretisieren, damit der schlechte Zustand der Gewässer endlich besser wird. In Rheinland-Pfalz ist die Gewässergüte zwar überdurchschnittlich gut; in den letzten 20 Jahren sind viele Flüsse und Bäche sauberer geworden, aber auch hier sind 70 % der Fließgewässer in keinem guten ökologischen Zustand. Die Artenvielfalt in unseren Gewässern kann nur

zunehmen, wenn die Durchgängigkeit verbessert und der Eintrag von Dünger und Giftstoffen vermindert wird. Gerade letzteres hängt eng mit der Landwirtschaft zusammen (siehe folgende Frage).

... für eine ökologische und sozial gerechte Agrarpolitik, in der pauschale Flächenprämien ersetzt werden durch das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“?

Die europäische Agrarpolitik ist immer den Entwicklungen hinterhergehinkt. Die garantierten Abnahmepreise mündeten in Obstvernichtung, Butterbergen und Milchseen, Exportprämien vernichteten die kleinbäuerliche Landwirtschaft in anderen Ländern und die Flächenprämien begünstigen wahllos Landbesitzende und Großbetriebe. Wir Grüne wollen stattdessen, dass die Gelder an ökologische oder gesellschaftliche Leistungen gebunden werden: für eine naturschonende Landwirtschaft mit dem Erhalt und der Neuschaffung von Biotopen, für den Verzicht auf Pestizide, für die Sauberhaltung von Wasser, für Humusaufbau und artgerechte Tierhaltung. Das bedeutet beispielsweise, dass die Zahl der gehaltenen Tiere an die Fläche gebunden wird, keine Küken geschreddert und keine Ringelschwänze kupiert werden dürfen. Dass Böden nicht überdüngt und Gewässer nicht beeinträchtigt werden dürfen. Und selbstverständlich darf Massentierquälerei nicht noch durch Prämien und Subventionen gefördert werden. Im Ackerbau brauchen wir ökologische Vorrangflächen, die diesen Namen auch verdienen! Das nutzlose „Greening“, bei dem Zwischenfruchtanbau oder Pestizideinsatz mehr Regel als Ausnahme sind, lehnen wir ab.

Das Zulassungsverfahren für Pestizide muss so reformiert werden, dass nicht nur die Wirkstoffe einzeln untersucht sondern Ökosystem-Wirkungen betrachtet werden. Außerdem muss eine unabhängige Risikobewertung stattfinden. Glyphosat und Neonicotinoide müssen ohne Schlupflöcher verboten werden.

Viele Landwirte haben angesichts der Marktmacht des Einzelhandels keine echte Wahl, wie sie produzieren wollen. Sie müssen sich den Rahmenbedingungen der Agrarindustrie anpassen, um im gnadenlosen Preisdruck überleben zu können. Wir fordern deshalb europaweite Regelungen, um Preisdumping im Lebensmittelbereich zu beenden.

**(4) Unbegrenzt Wachstum auf unserem begrenzten Planeten zerstört die Lebensgrundlagen und verschärft die Ausbeutung von Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens. Dies erfordert einen ökofairen, verantwortbaren Lebensstil sowie eine global gerechte Wirtschaftspolitik.**

Was tun Sie ...

... für die Förderung von Projekten mit konsequent nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsformen und für die Berücksichtigung des Suffizienz-Prinzips („Gutes Leben für alle“) in der Politik?

... für die Einhaltung der Menschenrechte und ökologischer Standards entlang der Lieferkette eines Produktes und wie unterstützen Sie einen ökologisch und sozial verantwortlichen Einkauf durch öffentliche Einrichtungen?

... für Verbraucher\*innen-Interessen, Arbeitsrechtstandards, Umwelt- und Klimaschutz bei weiteren Verhandlungen über Freihandelsabkommen sowie eine gerechte Besteuerung transnationaler Konzerne und gegen Profitinteressen und Investorenklagerechte?

Die Einhaltung der Sustainable Development Goals der UN sollte unsere Leitschnur sein. Zu lange haben wir in den Industrienationen auf Kosten der Menschen des Globalen Südens sowie zukünftiger Generationen gelebt. An dem Maßstab der SDGs muss politisches Agieren gemessen werden.

Das bedeutet, dass globaler Handel fair, transparent und ökologisch werden muss. Europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer sind weder sozial noch gerecht und müssen ebenso wie Landgrabbing und Rüstungsexporte in Krisengebiete gestoppt werden. Wir Grüne setzen uns statt immer neuer bilateraler Abkommen, die meist zu Lasten des kleineren Partners gehen, für gerechte Regeln im multilateralen Rahmen der WTO ein. Allerdings ist davon auszugehen, dass die EU weitere Abkommen abschließen wird. In diesen müssen statt Sonderklagerechten für Kapitaleigner die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens, der Schutz der Biodiversität, die Einhaltung von Arbeitsschutznormen oder Arbeitnehmerrechten enthalten sein. Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Und wir streiten für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen.

Auch wenn wir wissen, wie schwer dieser Kampf sein wird: an einer europäischen Mindeststeuer für Unternehmen führt kein Weg vorbei. Der ruinöse Wettlauf nach unten zwischen den Mitgliedsstaaten und die absurden „Steuersparmodelle“ nützen nur den internationalen Konzernen, die Gewinne und Verluste nach Belieben kreuz und quer durch die EU und in die Karibik verschieben können. Es kann nicht sein, dass der Steuersatz der Buchhandlung um die Ecke ein Vielfaches dessen von Amazon beträgt. Wir wollen eine am Umsatz orientierte europäische Digitalkonzernsteuer einführen, damit auch Digitalkonzerne ihren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Und zur Einschränkung des irrwitzigen Hochfrequenzhandels, der volkswirtschaftlich keinerlei Nutzen hat, brauchen wir endlich eine Finanztransaktionssteuer.

Unser ökologischer Fußabdruck muss viel kleiner werden, denn wenn alle so leben wollten wie wir in Europa, bräuchte es drei Planeten. Um einen Weg zu finden, wieder innerhalb der Planetaren Grenzen zu wirtschaften, muss ein tragfähiger Maßstab für nachhaltiges Wirtschaften eingeführt werden. Deshalb fordern wir eine Strategie der EU zur Förderung der Gemeinwohlökonomie. Sie soll künftig in die Unternehmensberichterstattung und in EU-Förderprogramme integriert werden. Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung sollen durch eine anerkannte Kennzeichnung gestärkt und bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden. Langfristig braucht es eine vollständige Umstellung der Steuersysteme weg von der Besteuerung von Arbeit und hin zu einer Besteuerung von Rohstoffen und Energie.